



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IV/100 - 2. Mai 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Die Abstimmung der Berliner</u> Was Chruschtschow nicht übersehen sollte	31
2	<u>Belastungsprobe in London</u> Rassepolitik Südafrikas auf der Commonwealth-Konferenz	48
3	<u>Versteifung der politischen Lage in Finnland</u> Nach dem Parteitag der finnischen Sozialdemokraten Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolf Käbner	49
4 - 5	<u>Was geschieht mit Bauer X ?</u> Die wirtschaftliche Eingliederung der Bauern und Handwerker aus der Zone	67
6	<u>Die Zeit drängt</u> Zur Atom-Warnung der amerikanischen Wissenschaftler	28
6	<u>Oberländer und die Karwoche</u> Ein unpassender Vergleich	26
7	<u>Als Skeptiker gefahren - als Anhänger zurückgekommen</u> Rundfunkintendant Dr. Hans Beusch über seine Eindrücke in der Sowjetunion	46

Die Abstimmung der Berliner

Was Chruschtschow nicht übersehen sollte

sp - Die 750 000 Berliner, die am 1. Mai vor dem alten Reichstagsgebäude unter dem Motto "Freiheit für alle" demonstrierten, haben die überzeugendste Volksabstimmung durchgeführt, die man sich vorstellen kann. Ihr Ruf wird in der Welt nicht ungehört verhallen.

Das gilt auch für Moskau, wo seit Monaten von Ulbricht falsche Berichte über die Stimmung in Berlin vorgelegt werden. Wenn die sowjetischen Beobachter in Berlin nur ein Fünkchen Sinn für Realismus haben, werden sie Chruschtschow jetzt mitteilen, daß die Männer in Parkow ständig lügen, wenn sie behaupten, die Berliner Bevölkerung sehne sich nach einer grundlegenden Veränderung des jetzigen Status der deutschen Hauptstadt. Nicht ein Einziger von den 750 000, die an der Demonstration teilnahmen, war kommandiert. Freiwillig und geleitet von dem Willen, der ganzen Welt zu sagen, was sie denken, waren sie gekommen.

Es ist auch gut, daß Willy Brandt in der Ansprache vor seinen Berlinern Chruschtschow in aller Form ersuchte, er möge sich doch von den bösen Einflüsterungen aus Ost-Berlin freimachen. Auch der Wunsch Willy Brandts, der sowjetische Ministerpräsident solle die Realität des Freiheitwillens der Berliner anerkennen, wird in Moskau hoffentlich verstanden werden.

Wenn Moskau nicht blind ist, wird es auch den Unterschied zwischen der Mai-Demonstration in West- und Ost-Berlin begreifen. Hier der Ruf nach Selbstbestimmung und Freiheit, hier die friedliche Demonstration und das Bekenntnis zum Frieden - dort der Aufmarsch von bewaffneter Einheit und die monotone Wiederholung abgegriffener Parolen!

Moskau sollte wissen: Nicht nur der Besitz von Atomwaffen und die zur Schau gestellte organisierte Macht sind "Realitäten"; auch der Ruf und die Sehnsucht von 750 000 Menschen nach Freiheit und Frieden sind Realitäten, die in der Geschichte der Menschheit schon oft Berge versetzt haben.

Belastungsprobe in London

N.D. - Zwei Wochen lang werden in der britischen Hauptstadt die Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder die anstehenden Fragen der Weltpolitik erörtern. Hierbei dürfte nicht nur die Haltung des Westens auf der kommenden Gipfelkonferenz des Regierungschefs von zehn Staaten durch ihren britischen Kollegen Macmillan erläutert werden, auch die Probleme, die sich aus dem Verhältnis der Mitglieder untereinander ergeben, werden angesprochen. Ein Problem aber wird vor allen anderen eine gewichtige Rolle spielen: der Rassenkonflikt in der Südafrikanischen Union und die Apartheid-Politik der dortigen Regierung Verwoerd.

Schon jetzt weiß man, daß Ghanas Premier Nkrumah, der Ministerpräsident Malais, Tunku Abdul Rahman, und der Regierungschef der Republik Indien, Pandit Nehru, dieses heiße Eisen anfassen werden. Eine Commonwealth-Konferenz (die letzte fand 1957 statt) dient nicht irgendwelcher Beschlußfassung, sie ist ein Austausch von Gedanken und Überlegungen zwischen Politikern, die den verschiedensten Rassen und Kulturen angehören, in einigen Fällen sogar recht auseinandergehende außenpolitische und militärische Vorstellungen besitzen - man denke nur an das "bündnisfreie" Indien und das NATO-Mitglied Kanada - und manchmal eine Politik betreiben, die das recht flexible Gebilde Commonwealth einer Belastungsprobe unterwerfen, von der man nicht weiß, ob sie auch in der Zukunft ohne tiefere Risse in der Struktur bleiben wird.

Überschattet sind die Spannungen zwischen Indien und seinem Nachbarn Pakistan die Diskussionen der Commonwealth-Premiers, so ist jetzt die "südafrikanische Frage" zu einem Sprengstück der Gemeinschaft geworden. Macmillan versucht, diese Frage von der offiziellen Tagesordnung in das private Gespräch "ab Kamin" zu ziehen. Ob er damit Erfolg gehabt hat, das dürfte erst der Ausgang der Konferenz beweisen. Die letzten Nachrichten aus Südafrika lassen jedoch die Vermutung zu, daß die Regierung Verwoerd an ihrer Politik der Rassentrennung festhalten wird. Ebenso sicher aber gilt, daß ~~zumindest~~ Nkrumah eine "Zensur" der Union verlangen wird. Als Regierungschef Ghanas und wohl prominentester Afrikaner, auf den sich die Hoffnungen von Millionen schwarzer Menschen konzentrieren, muß er "afrikanisch" agieren, will er nicht einen entscheidenden Verlust an Prestige und Macht in Afrika hinnehmen. Der afrikanische Nationalismus hat eine Kraft entwickelt, die vielleicht noch drängender ist als der asiatische vor zehn oder fünfzehn Jahren. Die Rolle Nehrus aber dürfte für den Verlauf der Besprechungen entscheidend sein, Macmillan rechnet damit, daß der Indier einen "mäßigen" Einfluß auf seinen afrikanischen Kollegen ausüben wird. Das gleiche erwartet er von Kanadas Premier Diefenbaker.

Wieviel aber ein einigermaßen "geeintes" Commonwealth für die Haltung Englands und des Westens auf der Gipfelkonferenz bedeutet, darüber ist sich jedermann im klaren.

Versteifung der politischen Lage in Finnland

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Rudolf Kühner

Seit dem sozialdemokratischen Parteikongress scheinen sich die politischen Gegensätze in Finnland sehr versteift zu haben. Die Wiederwahl Väinö Tanners zum Parteivorsitzenden, die u.a. damit motiviert wurde, dass man sich von Aussenstehenden nicht in Funktionärwahlen hineinreden lasse, Tanners heftiger Angriff auf die agrarische Minderheitsregierung und auf Staatspräsident Kekkonen sowie die Neuwahlforderung bedeuten, dass die Parteimehrheit die Hoffnung auf eine Verständigung mit der Oppositionsgruppe um Simonen aufgegeben hat und deren Dezimierung durch Neuwahlen anstrebt. Sie hält bis dahin offenbar auch Bemühungen um eine Regierungszusammenarbeit mit den Agrariern für aussichtslos.

Die Forderung, den Reichstag aufzulösen und durch Neuwahlen neue Voraussetzungen für eine demokratische Regierungsbildung zu schaffen, scheint bei den anderen Parteien kein Gehör zu finden. Allein können die Sozialdemokraten Neuwahlen nicht erzwingen.

Die Minderheitsregierung vertritt die Sonderinteressen der Agrarier und hat weder Interesse noch Kraft für die Bewältigung grosser Aufgaben, wie z.B. der Rationalisierung des hoffnungslos aufgesplitterten Grundbesitzes, der sehr fühlbare Staatssubventionen erzwingt, ferner der Industrialisierung der Notstandsgebiete im Norden, wo Agrarier und Kommunisten aus Versprechungen und radikalisierenden Forderungen Wählerstimmen holen, der Schaffung einer vielseitigeren Industriestruktur, damit die einseitige Abhängigkeit von der Marktlage auf den Holzveredelungsmärkten getrocknet wird, einer Modernisierung der vielen alten und verbrauchten Industrieeinrichtungen, damit Finnland auch im Westen konkurrenzfähig wird, u.a. Die Lösung dieser Aufgaben bleibt weiterhin aufgeschoben, auch die bedenkliche Verzerrung des parlamentarischen Systems wird weiterbestehen.

Die konservative Partei scheint die Situation zu einem Annäherungsversuch an die Agrarier auszunützen, mit denen sie bisher um die Grossbauernstimmen in heftigen Streit war. Die Konservativen loben die vorsichtige Aussenpolitik der Agrarier und erwärmen sich sehr für gutnachbarliche Beziehungen zur Sowjetunion. Es bleibt abzuwarten, ob sie dadurch in Moskau Gnade finden werden, das bisher diese Partei als untragbar für eine befreundete finnische Regierung angesehen hat.

Im finnischen Gewerkschaftsbunde sind nun die Anhänger Simonens enger an die Kommunisten herangerückt, mit denen sie zusammen über die Mehrheit im Bundesvorstande verfügen. Dieser knappen Mehrheit zuliebe haben beide Fraktionen vor einigen Wochen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Wiederaufnahmegesuche sozialdemokratischer Gewerkschaften abgelehnt. Sie streben nun eine Vorverlegung des nächsten Gewerkschaftskongresses an, offenbar in der Erwartung, dann die Sozialdemokraten aus der Leitung ausbooten zu können.

Wie sehr die Sozialdemokraten ihre Oppositionsstellung verschärft haben, illustriert eine Abstimmung über das neue Urlaubsgesetz im Plenum des finnischen Reichstages; die Sozialdemokraten hatten vorgeschlagen, eine Ablehnung des Gesetzes als Misstrauensvotum zu werten. Die Regierung siegte zwar bei der Abstimmung; in Helsinki rechnet man aber für die nächste Zeit mit ständigen neuen Angriffen.

Was geschieht mit Bauer X ?

D.Str. - In diesen Tagen sind die ersten aus der Sowjetzone nach West-Berlin geflüchteten Bauern und Landwirte in den Flüchtlingslagern der einzelnen Bundesländer angekommen. Sie haben die Strapazen einer Propaganda hinter sich, an deren Ende der "freiwillige Zwang" jener Kollektivierung stand, die man in einem freiheitlichen Rechtsstaat kurzerhand mit Diebstahl bezeichnet. Den Bauern folgen nun die Handwerker.

Für uns bleibt jetzt die Frage der Eingliederung dieser Menschen in unsere Gesellschaft. Bund und Länder tragen gemeinsam diese Verpflichtung, die aber auch den Berufsorganisationen in der Bundesrepublik obliegt, denen die Geflüchteten branchenmäßig zugehörig sind. Deshalb hat sich auch der Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium, Peter Paul Wahn, Ende der vergangenen Woche an die Berufsorganisationen und an die Kommunalbehörden gewandt, um das Los der Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone zu erleichtern.

Die Bauern und Handwerker gehören zu den Mittelschichten, deren Tätigkeitsmerkmal eine gewisse Eigenständigkeit war und bleiben wird; auch im Westen des Vaterlandes. Für die Handwerker und Einzelhändler werden sich der Industrie- und Handelstag sowie der Deutsche Gemeindetag einsetzen. Der Einzelhändler, der in der Zone bekanntlich nur eine untergeordnete Rolle spielte, muss bei der Existenzneugründung in der Bundesrepublik umlernen. Die wirtschaftliche Methodik, nach der der Kaufmann "drüben" sein Geschäft betrieb, kann hier keine Anwendung finden, da Angebot und Nachfrage in der Zone nicht dem freien Spiel unterworfen waren. Deshalb ist man hier der Ansicht, daß der geflüchtete Kaufmann, bevor er in der Bundesrepublik die Möglichkeit einer neuen Existenzgründung bekommt, zunächst einige Monate in einem branchengleichen Unternehmen volontiert, um mit der westdeutschen Situation des Verkaufs, der Kalkulation und ähnlichen Dingen vertraut zu werden.

Man rechnet in unterrichteten Kreisen mit der Möglichkeit, daß viele der geflüchteten Kaufleute und Handwerker zunächst als Arbeitnehmer in Betriebe ihrer Branche arbeiten. Diese Tatsache gründet sich erfahrungsgemäß auf eine, wenn auch zumeist psychologische "Abwartestellung", die der Geflüchtete bezieht, der im Grunde seines Herzens schließlich doch auf eine Wende zum Besseren und damit auf eine mögliche Rückkehr hofft. Diese psychologischen Momente werden jedoch im Laufe der Monate "abgebaut", so daß sich dann der Flüchtling zu einer endgültigen wirtschaftlichen und damit existenzmäßigen Entscheidung durchringt.

Der Deutsche Gemeindetag hat die Gemeinden aufgerufen, die Möglichkeiten der Errichtung neuer Handwerks- und Einzelhändlerbetriebe zu prüfen. Fachmännische Einführung und Betreuung für den neuen Start werden die Berufsverbände übernehmen.

Schwieriger gestaltet sich die Unterbringung der geflüchteten Bauern. Die Bindung an die Scholle, an das Eigentum, spielt bei ihnen eine erhebliche Rolle. Während der Deutsche Bauernverband mit eigenen, ihm gemässen Maßnahmen die geflüchteten Bauern unterstützen wird, sind die Gemeinden aufgerufen, landwirtschaftliche Nutzflächen und Siedlungsland zur Verfügung zu stellen. Der Hinweis auf Siedlungsland deutet auf die sogenannte Nebenerwerbsstelle hin. Für die geflüchteten Bauern wird es schwer, wenn nicht unmöglich, einen Bauernhof zu erwerben, der heute - nimmt man ein Anwesen mittlerer Art und Güte - etwa 250 bis 300 000 DM kostet. Eine Nebenerwerbsstelle kostet hingegen etwa 50 000 DM. Der geflüchtete Bauer würde z.B. in einer Fabrik auf dem Lande arbeiten und in seiner Freizeit das Land und die Kleinviehhaltung bewirtschaften. Oder er arbeitet auf einem Gutshof als Melker oder Außenmeister und bestellt in seiner freien Zeit sein Anwesen. Da die aus der Zone geflüchteten Bauern, Einzelhändler und Handwerker in der Bundesrepublik den Flüchtlingsausweis mit der höchsten Berechtigung bekommen, besteht die Möglichkeit, ihnen ein Kredit bis zu 25 000 DM zu gewähren. Weitere Finanzierungen würden sich dann auf andere Weise ergeben.

Sicher ist, daß diesen Opfern kommunistischer Enteignungspolitik geholfen werden muß und geholfen wird. Diese Hilfe, so sagte aber Staatssekretär Wahn, kann und darf nur zusätzlich sein, denn die seit Jahren wartenden Vertriebenen und Flüchtlinge dürfen nicht zurückstehen.

Die Zeit drängt

sp - Die Genfer Abrüstungsgespräche sind vorläufig auf Eis gelegt. Man läßt sich Zeit. Anderthalb Jahre lang dauern schon die Verhandlungen, gewisse Fortschritte wurden durch Rückschläge unterbrochen. Handeln die Genfer Experten nach dem Sprichwort, daß gut' Ding lange Weile brauche? Wir leben jedoch in einer schnellebigen Zeit, gewisse Fragen dulden keinen Aufschub, und wer in der Vertagung von Entscheidungen das A und O der Diplomatie erblickt, kann leicht schreckliche Enttäuschungen erleben. Dies ist der Sinn des beschwörenden Appells amerikanischer Wissenschaftler - 2 000 an der Zahl - an die bestehenden Atomkräfte, doch endlich zu einer Vereinbarung über ein endgültiges Verbot aller Kernwaffenversuche zu kommen. Gewiß habe eine solche Beschränkung auch ihre Risiken, sagen die USA-Wissenschaftler, aber sie stünden in keinem Verhältnis zu den Gefahren eines fortgesetzten Wettrüstens. Jede Vermehrung des bestehenden Atom-Clubs um weitere Mitglieder gestaltet nicht nur die Kontrolle immer schwieriger, sie würde auch das ohnehin berghoch aufgestapelte Mißtrauen steigern und die Welt in einen Zustand ständiger Furcht vor der Vernichtung stürzen. In zwanzig Staaten arbeiten bereits Kernreaktoren, aus denen Plutonium gewonnen wird. Dazu gehört auch China. Es unterliegt, wie auch die anderen Staaten keiner internationalen Kontrolle, Wenn die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Großbritannien und das Baby unter den Atomkräften, Frankreich, nicht jetzt ein Beispiel freiwillig auferlegter und kontrollierter Beschränkung in Atomwaffenversuchen setzen, wird es morgen vielleicht schon zu spät sein. Die Warnung der amerikanischen Wissenschaftler macht nur allzu deutlich, welche ungeheure Verantwortung auf den Schultern dieser Mächte liegt. Noch haben sie es heute in der Hand, den Weg zum Chaos zu vermeiden, aber in kurzer Zeit können sie schon Opfer von Entwicklungen sein, auf die sie dann keinen kontrollierenden Einfluß mehr ausüben vermögen. + + +

Oberländer und die Karwoche

FB. - Der Himmel möge uns davor bewahren, daß wir in dieser Woche noch einmal um den "tiefbraunen" Oberländer streiten müssen. Bei einem solchen Streit gäbe es nur einen Verlierer, nämlich die deutsche Demokratie. Aber trotzdem sollte man sich noch einmal kurz mit dieser Angelegenheit befassen, allerdings mit einer anderen Blickrichtung. Auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe in der vergangenen Woche wurde auch der Informationsbrief Nr. 7 des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Weiße verteilt, der das Problem seiner turnusmäßigen fälligen Neuwahlen dadurch gelöst hat, daß er stillschweigend die Amtsperiode von Herrn Oberländer verlängerte. In diesem Informationsbrief behauptet ein Henry Selmary unter der dicken Balkenüberschrift, daß Bundesvertriebenenminister Prof. Dr. Dr. Oberländer ein Opfer kommunistischer Hetze geworden sei u. a.:

"Man könnte geneigt sein, eine in die Karwochenzeit passende bissige Satire zu schreiben und Vergleiche anzustellen mit den Kreisen, die einst von wenigen Schichten verhetzt, vor dem Forum in Jerusalem Christi Kreuzestod forderten. Von Pilatus angefangen, der "seine Hände in Unschuld wuschend", dem Druck der verhetzten Massen nachgab, über Herodes, Annas und Kaiphas bis zum zunächst schwertschlagenden, später aber verleugnenden Jünger, böten sich im Falle Oberländer zahlreiche Möglichkeiten einer Gegenüberstellung für unsere Tage."

Man kann Herrn Oberländer sicherlich mit vielem vergleichen, aber mit der Karwoche und dem Leiden und Sterben von Jesus Christus geht es doch wohl wirklich nicht. In einem Normalfalle würden sich einschlägige Kreise sicherlich bereitfinden, ein Verfahren wegen Verächtlichmachung der Religion anzustrengen. Was tut man aber, wenn die Herausgeber dieses Pamphlets in ihrem Parteinamen ein großes "C" haben? Guter Rat ist teuer.

Als Skeptiker gefahren - als Anhänger zurückgekommen

sp - Beachtliche Erkenntnisse hat der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Hans Bausch (CDU), von einer Reise in die Sowjetunion nach Hause mitgebracht. Daß er diese Eindrücke im "Rheinischer Merkur" veröffentlichte (29. April 1960), ist besonders bemerkenswert. Dr. Bausch schreibt u.a.:

"Die Intelligenz der westlichen Welt verbreitet sich gegen gutes Honorar Tag für Tag über die bange Frage, ob die Ideologie der Freiheit noch kraftvoll genug sei, diese Welt in Ordnung zu halten. Die Intelligenz der sowjetischen Welt ist davon überzeugt, daß ihre Ideologie die Welt beherrschen wird. Die Rolle der Cassandra gibt es nicht in der profanen Sowjetprophetie über die Zukunft der Menschheit. Daß diese geistige Haltung in der Sowjetunion nicht nur die politische Führungsschicht, sondern das ganze Volk beherrscht, ist kein Wunder. Wer heute 50 Jahre alt ist, war ein Kind, als das kommunistische System die Herrschaft errang. Er kennt nichts anderes. Seine Maßstäbe sind die Zeiten vor dem Kommunismus, hier setzt er seine Vergleiche an. Und es ist gewiß wahr: den Menschen in der Sowjetunion ist es noch nie so gut gegangen wie heute. Ihr Lebensstandard wird sich von Jahr zu Jahr verbessern, solange der Friede erhalten bleibt."

* * *

"Die Deutschen in der Sowjetunion: Da ist noch ein anderes Kapitel. Ich habe selten soviel Sächsisch gehört wie im repräsentativen 29stöckigen Ausländerhotel Ukraine der Hauptstadt. Die Herren des anderen Teils unseres Vaterlandes scheinen sich in Moskau ziemlich zu Hause zu fühlen, vom "verdienten Lehrling der DDR" bis zum Wissenschaftler mit langer weißer Mähne. Ihre Reisen gleichen Pilgerfahrten ins Heilige Land. Überall, wohin ich kam, waren sie längst gewesen. Ich bin als Skeptiker des sogenannten Kulturaustausches in die Sowjetunion gefahren. Ich bin als ein Anhänger des Kulturaustausches zurückgekehrt. Ich glaube nämlich, wir müssen unseren Namen selbst in der Sowjetunion hörbar machen, wenn nicht in diesen weiten Teilen der Welt, wenn nicht in den Völkerschaften der Sowjetunion der deutsche Name mit dem der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik identifiziert werden soll."

* * *

"Unübersenbar jedoch, fast nach Zehntausenden zu zählen, bewegte sich eine andere Menschengruppe in unmittelbarer Nähe über den weiten Roten Platz. Als wir zwischen diesen Menschen in der Schlange standen, wußten wir: Sie sind alle freiwillig da! Und ihre Gesichter verrieten uns, daß sie aus allen Völkerschaften des Riesenreiches nach Moskau gepilgert waren, um stumm durch das Mausoleum zu schreiten, an dessen Front die Namen Lenins und Stalins in die Steinblöcke gehauen sind. Schritt um Schritt bewegen wir uns vorwärts in dieser unheiligen Prozession, bis wir vor den Glassarkophagen eine Weile innehalten, in denen - von rotem Licht angestrahlt - die Religionsstifter des Weltkommunismus friedlich ruhend konserviert sind. Fürwahr, dieses unheimliche Erlebnis gibt es nur einmal auf dieser Welt. Wer es mit Fassung hinter sich gebracht hat, der muß es begriffen haben, daß die Auseinandersetzung mit dem Weltkommunismus ein hartes geistiges Ringen ist."

----- + + + -----

Verantwortlich: Günter Markscheffel